



Zehn Jahre WTO

Greenpeace unterzieht die Welthandelsorganisation
einer kritischen Umweltbilanz

GREENPEACE

Zehn Jahre besteht die Welthandelsorganisation (WTO) im Jahr 2005.

Ins Leben gerufen wurde sie, um den globalen freien Handel zu fördern. Was hat die WTO bewirkt? Wem hat sie geholfen? Welche Methoden verwendet sie zur Durchsetzung ihrer Ziele? In der Präambel zu ihrem Gründungsstatut ist beispielsweise eine nachhaltige Entwicklung als ein Ziel erwähnt, sind Schutz und Erhaltung der Umwelt versprochen. Doch nach einer Dekade zeigt sich: Die WTO verhindert sowohl Umweltschutz als auch eine nachhaltige Entwicklung. Damit der Welthandel nicht nur Industrienationen und westlichen Konzernen dient, muss die gesamte Institution WTO umgestaltet werden.



Inhaltsverzeichnis

Was haben zehn Jahre WTO gebracht?	S. 3
Geschichte der Welthandelsorganisation	S. 4
Kernprinzipien der WTO	S. 5
Gruppierungen innerhalb der WTO	S. 6
Struktur und Abkommen der WTO	S. 6
Demokratie und Transparenz: Fremdworte für die WTO	S. 8
Warum ist die WTO eine Gefahr für die Umwelt?	S. 9
Streitschlichtung bei der WTO	S. 10
Handel auf Kosten der Umwelt	S. 12
Laufende Handelsrunde 2002–2006	S. 14
Marktzugang für nicht-agrarische Güter	S. 16
Einfluss der Konzerne	S. 18
Widerstand gegen die WTO	S. 19
Sozialer und ökologischer Welthandel	S. 20
Was kann ich tun?	S. 22
Tipps zum Weiterlesen	S. 23



Was haben zehn Jahre WTO gebracht?

Am 1. Januar 1995 bezieht die neu gegründete Welthandelsorganisation (WTO) die Genfer Rue de Lausanne 154 und knüpft an die Arbeit des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) an. Eine Dekade danach zeigt sich: Die WTO befindet sich in einem Dilemma. Mit ihrem Regelwerk kann sie nur unzureichend auf bestehende globale Probleme des Handels reagieren.

Nicht geregelt sind vor allem das Handelsungleichgewicht zwischen starken und schwachen WTO-Mitgliedern, zwischen Nord und Süd, zwischen wirtschaftlichen Zwängen und den Notwendigkeiten, die sich durch Umweltschutz, Arbeits- und Menschenrechte ergeben. Denn das WTO-Regelwerk wurde bisher weitgehend auf die Bedürfnisse der Industrieländer zugeschnitten. In den letzten Jahren fordern jedoch die Entwicklungsländer zunehmend ihre Rechte ein. Nichtregierungsorganisationen kritisieren die Vorherrschaft wirtschaftlicher Interessen vor Umwelt- oder sozialen Rechten und kreiden der WTO zehn kapitale Fehler an:

Kritik an der WTO

1. **Vorherrschaft der Wenigen:** Die Entscheidungen der WTO werden prinzipiell im Konsens (d.h. einstimmig) gefasst. Bisher haben aber die mächtigsten Mitglieder der WTO fast immer Möglichkeiten gefunden, die schwächeren WTO-Mitglieder zur Annahme des Konsenses zu bewegen, selbst gegen deren Interessen.
2. **Sonderbehandlung der Entwicklungsländer, eine Mogelpackung:** Den Entwicklungsländern wurde in den WTO-Abkommen eine ihren Möglichkeiten entsprechende Sonderbehandlung garantiert. Diese ist bis heute nur auf dem Papier vorhanden.

3. **WTO-System – zum Wohle der Konzerne:**

Der vor der WTO geführte Streitfall um die Zulässigkeit von Subventionen für den Flugzeugbau verdeutlicht, für welche Interessen die WTO geschaffen wurde: für Konzerne wie beispielsweise Airbus (EU) und Boeing (USA).

4. **Undemokratische interne Strukturen:** Unklare Strukturen in der WTO führen immer wieder zu undemokratischen Entscheidungen.

5. **Fehlende Transparenz:** Organisationen der Zivilgesellschaft und Medien sind von den WTO-Sitzungen ausgeschlossen.

6. **Übermacht durch eigene Gerichtsbarkeit:** Das im Vergleich zu anderen internationalen Strukturen einzigartige Streitfallverfahren gibt der WTO Macht und Durchsetzungskraft.

7. **„Kuhhandel“ in Handelsrunden:** In einer Handelsrunde werden alle Verhandlungen an einem gemeinsamen Stichtag beendet. Dies führt zu einem Kuhhandel, bei dem Vorteile in einem gegen Nachteile in einem davon unabhängigen Bereich getauscht werden.

8. **Blinde Flecken:** Das WTO-Regelwerk weist gewaltige Lücken auf: gegenüber Menschenrechten, Umweltabkommen und grundlegenden Arbeitsrechten der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO).

9. **Nicht zeitgemäß:** Die vom Vorgänger GATT übernommenen, seit 1947 gültigen Handelsprinzipien sind veraltet und verhindern dringend notwendige Entwicklungs- und Umweltmaßnahmen.

10. **Kompetenzüberschreitung:** Die WTO versucht, über den reinen Handel hinaus fremde Bereiche in ihr Regelwerk zu integrieren wie z.B. Regelungen zur Patentierung und zum Investitionsschutz.

Seattle 1999: Friedlicher Protest gegen die WTO eint Umweltschützer, Gewerkschafter, Dritte-Welt-Aktivisten.



Buenos Aires 2003: Aktion gegen Gentechnikimporte vor dem argentinischen Landwirtschaftsministerium.

Geschichte der Welthandelsorganisation

Ende des Zweiten Weltkrieges bemühen sich die Siegermächte um eine Neuordnung des internationalen Finanz-, Währungs- und Handelssystems: Zur Stabilisierung und Finanzierung des Wiederaufbaus kreieren sie die Weltbank und den internationalen Währungsfonds (IWF). Die Wiederankurbelung des Welthandels soll eine Internationale Handelsorganisation (ITO) leisten. Im März 1948 unterzeichnen 56 Länder in Havanna die ITO-Charta, doch der US-Kongress versagt ihr seine Zustimmung. Dadurch scheitert die Idee einer internationalen Handelsorganisation. Von den geplanten ITO-Handelsbestimmungen bleibt unter dem Namen GATT (General Agreement on Tariffs and Trade: Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen) nur ein Kapitel erhalten: der Aspekt des weltweiten Abbaus von Zöllen. Mehrere GATT-Verhandlungsrunden führen dazu, dass die Zölle durchschnittlich von ehemals 40 bis 50 Prozent (1948) auf 4 bis 5 Prozent (1994) sinken. Die Schlussakte der letzten GATT-Runde, der Vertrag von Marrakesch vom 15. April 1994, wird als offizielle Geburtsurkunde der Welthandelsorganisation (WTO) angesehen. Mit diesem Dokument werden bis auf wenige Ausnahmen alle Bereiche des weltweiten Handels unter die neue Organisation WTO gestellt. Diese beginnt am 1. Januar 1995 ihre Arbeit. Ursprüngliches Anliegen der WTO ist, den internationalen Handel zwischen Staaten zu regeln und zu erleichtern und damit den

Handel treibenden Unternehmen einen verlässlichen Rechtsrahmen zu liefern.

Wodurch unterscheidet sich die WTO von anderen internationalen Organisationen?

Die WTO gehört nicht zum System der Vereinten Nationen (UN), ist folglich keine UN-Sonderorganisation und auch keinem UN-Gremium gegenüber rechenschaftspflichtig. Ihr einzigartiges Schiedsgericht verleiht dem Handelssystem Vorherrschaft vor anderen, in der UN entwickelten Rechtsregimen: Umweltabkommen, Menschenrechte oder grundlegende Arbeitsrechte (Kernarbeitsnormen) verfügen über kein effektives Streitschlichtungsverfahren zur Durchsetzung ihrer Regeln.

Wem nützt die WTO?

Ihrem momentanen Aufbau nach nützt die WTO vornehmlich transnationalen, westlichen Konzernen, die ihre Produkte und Dienstleistungen weltweit vermarkten möchten und dafür einen verbesserten Marktzugang und Rechtssicherheit in anderen Ländern benötigen. Diese Konzerne haben wenig Interesse an sozial oder ökologisch hergestellten Produkten, da diese erfahrungsgemäß teurer sind und sich damit schwerer verkaufen lassen. Da Umsatz und Wirtschaftlichkeit bei ihnen ganz oben auf der Prioritätenliste stehen, werden Dinge vermarktet, die kurzfristig den größten Gewinn versprechen. Mit der Vormacht von USA, Kanada, EU und Japan (d.h. Ländern, in denen die Zentralen der Konzerne sitzen) stützt die WTO genau diese Politik.

Wirtschaftliche Interessen
oder Umweltschutz?
Wen begünstigt die WTO?



WTO

Amtssitz:	Genf, Schweiz
Tätig seit:	1. Januar 1995
Mitglieder:	148 (August 2005)
Mitarbeiter:	630 (2005)
Laufende Handelsrunde:	2002 bis ca. 2006
Etat für 2005:	169 Mio. Schweizer Franken (ca. 109 Mio. Euro)
Generaldirektor:	Pascal Lamy (September 2005)

- Aufgaben:**
- Verwaltung der bestehenden Handelsabkommen, Forum für weitere Handelsverhandlungen, Richten über Handelsstreitigkeiten
 - Überwachung der Handelspolitik ihrer Mitglieder
 - Technische Unterstützung und Training für Entwicklungsländer
 - Kooperation mit anderen internationalen Organisationen

Kernprinzipien der WTO

Angestrebtes Ziel der WTO ist der weltweite Abbau aller Handelsschranken. Zu dessen Verwirklichung bedient sich die machtvolle Organisation verschiedener Abkommen mit folgenden Grundsätzen:

Das Prinzip der Gleichbehandlung der Handelspartner oder Meistbegünstigung (most-favoured-nation) verpflichtet ein WTO-Mitglied dazu, alle handelspolitischen Vorteile, insbesondere Zollermäßigungen, die einem WTO-Mitglied gewährt werden, auch allen anderen Mitgliedern einzuräumen.

GATT-Artikel I enthält die Meistbegünstigungsklausel, die es einem WTO-Mitgliedsstaat verbietet, einzelne WTO-Mitglieder besser oder schlechter als andere zu behandeln (Diskriminierungsverbot). Von diesem Prinzip gibt es Abweichungen bzw. Ausnahmen.

Das Prinzip der Gleichbehandlung der Waren oder Inländerbehandlung (national treatment) verbietet, dass importierte Waren schlechter als einheimische Waren behandelt werden.

Die Regeln der Inländerbehandlung bzw. zur Gleichheit der Produkte finden sich im GATT-Artikel III. Jeder Mitgliedsstaat ist verpflichtet, ausländische mit inländischen Waren gleichzustellen. So dürfen Abgaben und sonstige Belastungen, Gesetze und Vorschriften nicht derart angewandt werden, dass dadurch die inländische Erzeugung geschützt wird. Auch dieses Prinzip beinhaltet ein Diskriminierungsverbot.

Nach dem „Prinzip der Vorausssehbarkeit und Transparenz der Maßnahmen“ sind alle Einfuhrbeschränkungen außer Zöllen verboten. Die maximale Zollhöhe für jedes eingeführte Produkt muss im Voraus verbindlich festgelegt und darf nicht einseitig angehoben werden.

Von diesem in GATT-Artikel XI festgelegten Verbot der Mengenbeschränkungen (z.B. durch Kontingente, Einfuhr- oder Ausfuhrbewilligungen) gibt es besonders für den Handel mit Agrarprodukten zahlreiche Ausnahmen.



Weitere Ausnahmen dieser drei Grundsätze, etwa zum Schutz des Lebens und der Gesundheit von Mensch, Tier und Pflanze oder zur Erhaltung begrenzter Naturschätze, sind nach GATT-Artikel XX nur unter der Voraussetzung zulässig, dass sie zu keiner „willkürlichen und ungerechtfertigten Diskriminierung zwischen Ländern, in denen gleiche Verhältnisse bestehen, oder zu einer verschleierte Beschränkung des internationalen Handels führen“. Das importierende Land muss beweisen, dass gute Gründe für eine handelsbeschränkende Maßnahme vorliegen.

Die WTO fordert die Beseitigung der Handelsschranken: Auf lokalen Märkten, hier in Thailand, können regionale Produkte nicht mehr mit subventionierten Einfuhren konkurrieren.



Gruppierungen innerhalb der WTO

In Zusammenschlüssen verfolgen einzelne WTO-Mitglieder gemeinsame Handelsinteressen. Seit 2003 sind neue Zusammenschlüsse hinzugekommen und haben die Machtverhältnisse in der WTO verschoben:

AKP-Staaten: Gruppe von 71 Staaten Afrikas, der Karibik und des pazifischen Raums, denen die EU bisher einen bevorzugten Marktzugang gewährt hat.

Afrikanische Gruppe: 41 afrikanische WTO-Mitglieder mit gemeinsamen Positionen.

Cairns-Gruppe: nach ihrem Gründungsort Cairns in Australien benannte Gruppe von Ländern mit Agrarexportinteressen. Sie stellen ein Drittel der globalen Agrarexporte.

Five Interested Parties (FIPs): die fünf wichtigsten Akteure der Agrarverhandlungen: USA, EU, Brasilien, Indien (beide für die G20) und Australien (für die Cairns-Gruppe).

G10: Agrarimporteure, die für eine moderate Markttöffnung bei gleichzeitigem Schutz eigener Märkte eintreten. 2003 unter Führung der Schweiz gebildet, gehören weiter dazu: Bulgarien, Island, Israel, Japan, Korea, Liechtenstein, Mauritius, Norwegen und Taiwan.

G20: als Reaktion auf den Agrarkompromiss zwischen der EU und den USA im August 2003 unter Führung von Brasilien, China, Indien und Südafrika entstandene Gruppe von Entwicklungsländern mit gemeinsamen Agrar(export)interessen.

G90: entstand 2003 als Zusammenschluss afrikanischer Länder, AKP-Staaten und LDCs und wehrte sich erfolgreich gegen Versuche der EU und der USA, die so genannten Singapur-Themen – Investitionen, Wettbewerb, Transparenz im öffentlichen Beschaffungswesen und Handelserleichterungen – in die Doha-Runde aufzunehmen.

LDCs (least-developed countries): 50 von den Vereinten Nationen aufgrund ihrer wirtschaftlichen Lage als „am wenigsten entwickelte Länder“ eingestufte Staaten, 32 davon sind Mitglied der WTO.

Quad: Quadriga oder quadrilaterale Gruppe der wichtigsten Handelsmächte: USA, EU, Japan und Kanada, dominierte jahrelang das Geschehen der WTO.

Struktur und Abkommen der WTO

Die WTO verfügt über Organe, die Abkommen entwickeln, verabschieden und für deren Einhaltung sorgen:

Handelsrunden: Die WTO legt ihre Abkommen in Handelsrunden fest. In den Runden werden unterschiedliche Themen parallel verhandelt, aber alle Verhandlungen zu einem Stichtag gemeinsam abgeschlossen. Die derzeitige Handelsrunde, die „Doha Entwicklungsagenda“, soll Ende 2006 abgeschlossen sein.

Ministerkonferenz: Die Ministerkonferenz ist die höchste Entscheidungsinstanz der WTO. Sie besteht aus Ministern und Vertretern aller Mitgliedsstaaten und muss mindestens alle zwei Jahre zusammentreten. Die Ministerkonferenzen legen die Inhalte einer Handelsrunde fest.

Allgemeiner Rat (General Council): Der Allgemeine Rat besteht aus den in Genf anwesenden Vertretern der Mitgliedsstaaten. Er tagt regelmäßig, fällt Beschlüsse zum Alltagsgeschäft und überprüft die Handelspolitik. Seit dem Scheitern der Ministerkonferenz in Cancún ist der Allgemeine Rat aufgewertet worden: Bei wichtigen Sitzungen zum Verlauf der Handelsrunde (wie Juli 2004 und 2005) sind auch Minister der wichtigsten Nationen anwesend.



Streitbeilegungsgremium: Tagt der Allgemeine Rat zu Streitfällen, heißt er Streitbeilegungsgremium. Zu einzelnen Streitfällen setzt er so genannte Panels (Gerichte) ein, nimmt deren Berichte und die der Berufungsinstanz entgegen und überwacht die Umsetzung von Streitfallurteilen.

Komitee für Handelsverhandlungen (Trade Negotiations Committee): vom Generaldirektor geleitetes Komitee aller WTO-Mitglieder, in dem die einzelnen Verhandlungsbereiche zusammengeführt werden.

Generaldirektor: steht dem Sekretariat der WTO vor und ist der höchste internationale Beamte der WTO. WTO-Mitglieder sollen ihn nicht in der Ausübung seiner Pflichten beeinflussen.

WTO-Abkommen

Die Handelsregeln der WTO sind in den folgenden Abkommen festgeschrieben:

GATT (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen): zentrales Abkommen der WTO. In ihm sind allgemeine Grundsätze des Freihandels sowie Regeln für den Handel mit Waren festgelegt.

AoA (Landwirtschaftsabkommen): dient dem Abbau von Zöllen für Agrarprodukte, von Exportsubventionen und Unterstützungsmaßnahmen für die einheimische Landwirtschaft.

TBT (Abkommen über technische Handelshemmnisse): Es verbietet den Missbrauch von technischen Standards, Normen bzw. Kennzeichnungen von Produkten als Handelshemmnisse.

SPS (Abkommen über die Anwendung gesundheitspolizeilicher und pflanzenschutzrechtlicher Maßnahmen): legt fest, welche nationalen Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit von Menschen, Tieren und Pflanzen zulässig sind.

GATS (Allgemeines Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen): In ihm sind Regeln für den Handel mit Dienstleistungen (wie Tourismus, Versicherungen und andere Finanzdienstleistungen) festgeschrieben.

TRIPS (Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums): regelt Aspekte von Urheber- und verwandten Schutzrechten, Patenten und anderen Rechten geistigen Eigentums.

DSU (Streitbeilegung): Vereinbarung über Regeln und Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten unter WTO-Mitgliedern.

TPRM (Mechanismus zur Überprüfung der Handelspolitik): Die aktuelle Handelspolitik einzelner WTO-Mitglieder wird turnusmäßig vom Allgemeinen Rat überprüft.

Zu den einzelnen Abkommen existieren zuständige Räte, die den Namen des Abkommens tragen. Außerdem gibt es ein Komitee für Handel und Umwelt und ein Komitee für Handel und Entwicklung.



Demokratie und Transparenz: Fremdworte für die WTO

Als „mittelalterliche Struktur“ brandmarkt Pascal Lamy, von 1999 bis 2004 Handelskommissar der EU, die Welthandelsorganisation nach dem Scheitern der Ministerkonferenzen in Seattle und Cancún. Seit September 2005 bekleidet er als Nachfolger von Supachai Panitchpakdi das Amt des WTO-Generaldirektors, ist also „Haus-herr im Mittelalter“. Wird er die WTO in die Neuzeit führen, oder waren seine markigen Sprüche nur dem Frust geschuldet, mit seinen Liberalisierungszielen für die EU nicht voranzukommen? In seiner neuen Funktion hat Pascal Lamy die Chance, die grundlegenden Defizite der WTO zu beseitigen.

Unklare und undemokratische Entscheidungsfindung

Als während der Ministerkonferenz in Cancún ein neuer Verhandlungstext auftaucht, der die Positionen der Entwicklungsländer ignoriert und nur die Interessen von EU und USA widerspiegelt, fragen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) nach dem Autor des Textes. Dies bleibt unbeantwortet. Bereits vor Cancún veröffentlichten NGOs eine Mängelliste darüber, wie bei der WTO Entscheidungen getroffen werden. Diese umfasst 27 einzelne Kritikpunkte und reicht von mangelnder Transparenz und Beteiligung aller WTO-Mitglieder bis zur Unausgewogenheit von Entscheidungsprozessen.

Erzwingener Konsens

Auf den ersten Blick wirkt die WTO sehr demokratisch: Ihre Entscheidungen werden prinzipiell im Konsens (d.h. einstimmig) gefasst. In der Praxis läuft es aber häufig darauf hinaus, dass die Beschlüsse der Quad-Gruppe übernommen werden, d.h. der vier mächtigsten

Mitglieder Kanada, Japan, EU und USA. Sie haben Möglichkeiten gefunden, die Inhalte des Konsenses weitgehend vorherzubestimmen, vorausgesetzt, sie können ihre handelspolitischen Differenzen untereinander beilegen. Zum Erzwingen des Konsenses benutzen sie undemokratische Verfahren wie das inoffizielle Verhandeln in kleinen, von ihnen ausgewählten Kreisen (so genannte „Green Room Meetings“) oder notfalls auch direkten Druck auf widerspenstige Länder („arm twisting“).

„Kuhhandel“ in Handelsrunden

Die derzeitigen WTO-Abkommen sind in der letzten großen Handelsrunde des GATT, der Uruguay-Runde (1986–1994), ausgehandelt worden. Alle tragen das Datum vom 15. April 1994, denn sie sind im Rahmen einer so genannten Gesamtverpflichtung („single undertaking“) verabschiedet worden. Das bedeutet: In den Handelsrunden werden parallel verschiedene Themen verhandelt, alle Verhandlungen werden jedoch an einem gemeinsamen Stichtag beendet. Dies führt zu dem Prinzip „Gibst du mir, so geb ich dir“ (trade-off), zum Kuhhandel also, bei dem Vorteile in einem Thema gegen Nachteile in einem anderen getauscht werden, und damit zu unausgewogenen Abkommen. Was geopfert wird, entscheiden die Verhandler, ohne dass es von Parlamenten beschlossen wurde.

Ausschluss der Öffentlichkeit

Im Alltagsgeschäft, bei Verhandlungen, z.B. auf Ministerkonferenzen, und bei der Schlichtung von Streitfällen bleibt die WTO unter sich. Die Öffentlichkeit hat keinen Zugang zu diesen Prozessen. Erst nach Monaten sind wichtige Protokolle der WTO-Gremien öffentlich verfügbar, zudem häufig so geschrieben, dass eigentliche Probleme und Positionen nicht erkennbar werden. Diese Abschottung unterscheidet die WTO deutlich von UN-Organisationen, bei denen klar definierte Beobachtungs- und Beteiligungsmöglichkeiten vorliegen.



Warum ist die WTO eine Gefahr für die Umwelt?

Vor allem drei Gründe machen die WTO aus Sicht der Umweltorganisationen zum Gegner nachhaltiger Umweltpolitik:

1. Solange die Priorität zwischen Handelsregeln und Umweltabkommen nicht umgedreht wird, kann bei Handelskonflikten mit dem Streitfallverfahren der WTO gedroht werden, das meist nach wirtschaftlichen und nicht nach ökologischen Gesichtspunkten entscheidet.

2. Solange die WTO die seit 1992 in Rio festgeschriebenen Umweltkernprinzipien nicht respektiert, bleiben diese basalen Umweltschutzkriterien wirkungslos.

3. Solange die WTO nach dem Grundsatz „Produkt ist gleich Produkt“ agiert, also keine Unterscheidung zwischen ökologisch oder sozialverträglich hergestellten und konventionellen Produkten macht, werden alle Anstrengungen unterlaufen, eine nachhaltige Produktionsweise durch den Handel zu fördern.

Ansätze für eine nachhaltige Waldnutzung, hier die Wiederaufforstung des Regenwaldes auf den Salomonen Inseln, laufen ins Leere, solange die WTO die Umwelt nicht respektiert.



Durch die WTO gefährdete Umweltabkommen der Vereinten Nationen (UN)

- Teile des **Washingtoner Artenschutzabkommens** CITES (1973): verbietet bzw. beschränkt den Handel mit bedrohten Arten
- **Basler Konvention** über den grenzüberschreitenden Handel mit gefährlichen Chemikalien und deren Beseitigung (1989)
- **Übereinkommen über die biologische Vielfalt** CBD (1992): regelt Schutz und Nutzung der genetischen Ressourcen, bietet die Möglichkeit, den Gen-Raub (Biopiraterie) abzuwehren
- **Kyoto-Klima-Protokoll** (1997): setzt verbindliche Ziele und zeitlichen Rahmen, um den Ausstoß von Treibhausgasen zu reduzieren; ermöglicht den Handel mit „Verschmutzungsoptionen“ (Emissionshandel)
- **Rotterdam Übereinkommen** über bestimmte gefährliche Chemikalien und Pestizide im internationalen Handel (1998): stellt Regeln für den Handel mit gefährlichen Pestiziden und Chemikalien auf
- **Cartagena Protokoll zur Biologischen Sicherheit** bzw. Biosafety-Protokoll (2000): ist für den internationalen Handel mit landwirtschaftlichen Gentechnik-Produkten bedeutsam
- **Stockholm Konvention über Dauergifte** (2001): verbietet und beschränkt Produktion, Anwendung und Handel von ausgewählten Pestiziden und Industriechemikalien





Streit- schlichtung bei der WTO

WTO-Recht bricht nationale Gesetze, auch wenn die jeweiligen Länder diese zum Schutz der Gesundheit, der Umwelt oder der Verbraucher erlassen. Das Streitschlichtungsverfahren dient als Brecheisen zur Durchsetzung. Konflikte zwischen Partnern der WTO werden von dem Streitbeilegungsgremium, dem Dispute Settlement Body (DSB), nach einem auf dem Papier strikten, in der Realität häufig nicht eingehaltenen Prozedere bearbeitet. Dem letztendlichen WTO-Richterspruch muss sich das unterlegene Land fügen, ansonsten folgen Strafmaßnahmen (in der Regel Strafzölle).



Unter dem WTO-Verfahren klagen nur WTO-Mitglieder, d.h. Staaten, gegen andere Staaten, die ebenfalls WTO-Mitglied sind. Das Streitschlichtungsverfahren der WTO ist wesentlich wirkungsvoller als vergleichbare Instrumente in anderen völkerrechtlichen Abkommen. Häufig genügt die Drohung mit einer Klage, um ein anderes WTO-Mitglied dazu zu bringen, eine geplante Umweltmaßnahme zurückzunehmen oder abzuschwächen. Seit Jahren wird die Reform des Streitschlichtungsverfahrens ergebnislos diskutiert.

Bisher werden alle Forderungen, die Öffentlichkeit am Verfahren passiv teilnehmen und Standpunkte schriftlich einreichen zu lassen, zurückgewiesen.

Die beiden folgenden Beispiele verdeutlichen, wie die WTO bestimmen kann, welche Produkte bei uns auf den Markt kommen:

Streitfall Gentechnik

Die in der EU geltende Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit gentechnisch veränderter Organismen (GVOs) in Lebens- und Futtermitteln sind für die USA Handelshemmnisse. Die EU-Regelung zur Gentechnik basiere nicht auf wissenschaftlichen Fakten. Auch wirft die US-Regierung der EU vor, gezielt Angstmake zu betreiben. Dadurch würden auch Länder außerhalb der EU veranlasst, eine Gentechnik-kritische Haltung einzunehmen, um den europäischen Markt weiterhin bedienen zu können.

Der seit 1998 in der EU bestehende Zulassungstau für GMOs, häufig als Moratorium bezeichnet, verhindert lange die Einfuhr von gentechnischen Agrarprodukten, vor allem von US-Mais. Da den US-Farmern dadurch Einkünfte von mehreren hundert Millionen US-Dollar pro Jahr verloren gehen, drohen die USA erst und starten 2003 einen WTO-Streitfall. Gleichzeitig werden neue EU-Richtlinien beschlossen, und die EU-Kommission weicht ihre gentechnisch kritische Haltung auf. Illegale Einfuhren von GMOs in die EU werden bekannt. Der Streitfall zieht sich unter Überschreitung aller üblichen Fristen seit gut 28 Monaten hin, für Ende Dezember 2005 wird das Urteil der ersten Instanz erwartet.

Streitfall Hormone im Fleisch

Wegen Gesundheitsgefahren für Verbraucher verbietet die EU 1989, in der Rindermast sechs Wachstumshormone einzusetzen und erlässt ein Importverbot für hormonell behandeltes Rindfleisch. Dagegen legen die USA 1996 Klage vor der WTO ein: Das Importverbot sei ein Handelshemmnis und verstoße gegen das SPS-Abkommen der WTO, weil die Gesundheitsgefährdung wissenschaftlich nicht erwiesen sei.

Die Kläger bekommen im Panelverfahren und in der Berufung Recht, die EU erhält 15 Monate Zeit, entweder ihre Verordnung zu ändern oder bis zum 13. Mai 1999 einen eindeutigen wissenschaftlichen Beweis vorzulegen. Dieser wird von der EU nicht fristgerecht erbracht. Darauf verurteilt die WTO die EU zur Aufhebung des Importverbots für hormonbehandeltes Rindfleisch. Die EU folgt nicht, es folgen Strafmaßnahmen: So dürfen die USA auf die unterschiedlichsten Exportbranchen der EU Strafzölle von jährlich 117 Millionen US-Dollar erheben. Im April 2002 legt die EU ihren Bericht vor, der einige Mast-Hormone als krebserregend einstuft. Der WTO wird er im Oktober 2003 zur Kenntnis gegeben. Gleichzeitig fordert die EU die USA auf, die Strafzölle aufzuheben, denn mit der „state-of-the-art Risikoabschätzung über den Konsum von Fleisch auf Hormonmasthaltung“ habe die EU die Vorgaben der WTO erfüllt. Dieser Sicht schließen sich die Kläger jedoch nicht an: So erklärt die US-Botschafterin der WTO, Linet Deily, im November 2003, die EU-Verbote seien weiterhin nicht wissenschaftlich fundiert, im Gegenteil hätten die Studien kein erhöhtes Gesundheitsrisiko beim Fleischverzehr von hormonbehandelten Tieren belegt. Ein Jahr später startet die EU einen neuen Hormonstreitfall gegen Strafzölle der USA auf EU-Ausfuhren. Nach Ansicht der EU sind diese rechtswidrig, da die EU die Urteilsvorgaben erfülle. Im Juni 2005 setzt der damalige thailändische WTO-Generaldirektor Supachai Panitchpakdi ein dreiköpfiges Streitfall-Panel ein. Deren Urteil wird für Anfang 2006 erwartet.

Mexiko, Ursprungsland des Mais, wird von billigen Gen-Mais-Einfuhren aus den USA überschwemmt.

Handel auf Kosten der Umwelt

Ein freier Handel, dem keinerlei Schranken auferlegt werden, führt zu einem deutlichen Mehr an Umweltbelastungen. Mit folgenden Konsequenzen:

1. **Zunahme des Verkehrs:** Globaler Handel führt zu deutlichem Verkehrsanstieg. Produkte werden in einzelnen Produktionsschritten an unterschiedlichen Standorten dieser Welt hergestellt. Teile oder fertige Produkte werden zum Angebot auf möglichst vielen Märkten rund um den Erdball transportiert. Ohne nachhaltige Verkehrspolitik ist Freihandel mit gravierenden direkten und indirekten Umweltschäden verbunden.

Grundlage einer nachhaltigen Umweltpolitik bilden. Zu den Rio-Prinzipien zählen u.a.: die Haftung und Entschädigung für nachteilige Auswirkungen von Umweltschäden, das Vorsorgeprinzip, die Internationalisierung von Umweltkosten und die Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen.

5. **Fortbestand umweltschädlicher Subventionen:** Obwohl Subventionen dem Geist des Freihandels widersprechen, gehen internationale Handelsregeln nicht bzw. nicht konsequent genug gegen umweltschädliche Subventionen z.B. in Landwirtschaft oder Fischerei vor.

6. **Ermöglichung von Biopiraterie:** Handelsregeln zwingen WTO-Mitglieder, ein Patentsystem einzuführen, das Patente anderer



Ein ungebremsster Freihandel führt zur Übernutzung der Meere, lässt den Verkehr anschwellen und vernichtet Wälder.



2. **Nichtberücksichtigung der Herstellungsverfahren:** Ohne eine nachhaltige Konsum- und Produktionspolitik fördert der Freihandel zahlreiche unnötige, billige Produkte. Dies erfordert die so genannte Gleichbehandlung von Produkten: Umweltfreundliche Produkte können dabei nicht besser gestellt werden als umweltschädliche. Für die WTO ist z.B. Holz gleich Holz, unabhängig davon, ob es aus einer nachhaltigen Forstwirtschaft oder aus einem illegalen Kahlschlag stammt.

3. **Kennzeichnungsverbot:** Label und Siegel können als Handelshemmnisse eingestuft werden. So schwächen Freihandelsregeln die Möglichkeit, nachhaltige Produktionsweisen und Produkte durch entsprechende Kennzeichnung zu fördern.

4. **Ignoranz ökologischer Kernprinzipien:** Handelsabkommen respektieren die ökologischen Prinzipien nicht, die seit Rio 1992 die

Länder auf Pflanzen, Tiere, Menschen und deren Gene zulässt. Die WTO-Regeln legen damit die Grundlage zur Biopiraterie, weil rechtlich verbindliche internationale Regeln zu Zugang und Verteilung der Nutzung genetischer Ressourcen fehlen.

7. **Fehlende Einschätzung der Umweltfolgen:** Bei multilateralen WTO-Abkommen, regionalen Freihandelsabkommen und bilateralen Abkommen zweier Länder wird keine Abschätzung von deren Umweltauswirkungen vorgenommen.

8. **Handelsrecht contra Umweltrecht:** Das Handelsrecht bildet ein unabhängiges, mit dem internationalen Umweltabkommen nicht abgeglichenes Rechtsregime. Weil die WTO ihr Handelsrecht mittels des Streitfallverfahrens durchsetzen kann, dominiert das Handelsregime über internationales Umweltrecht, Menschenrechte und andere soziale Rechte.

Zwischen 50 und 80 Prozent unseres Elektronikschrotts gehen in Länder wie China (siehe Foto), Indien und Pakistan. Dort werden unter Missachtung von Arbeits- und Umweltschutzmaßnahmen die noch verwertbaren Bestandteile herausgeholt.



Laufende Handelsrunde 2002–2006

Eine ganz neue Handelsrunde sollte die dritte WTO-Ministerkonferenz Ende 1999 in Seattle einläuten, doch die so genannte Millenniumsrunde scheiterte: Widersprüche zwischen der EU und den USA und zwischen den Entwicklungsländern und den Industrienationen waren zu groß. Die Entwicklungsländer kündigten erstmals den Konsens auf.

Massive Demonstrationen begleiteten die Verhandlungen und führten dazu, dass der Ausnahmezustand ausgerufen werden musste. Seitdem gilt Seattle als Geburtsstunde einer neuen, globalisierungskritischen Bewegung.

Unter dem Eindruck der weltweiten Rezession und den Auswirkungen des 11. Septembers 2001 konnte auf der vierten WTO-Ministerkonferenz im November 2001 in Doha nach schwierigen Verhandlungen die neue, derzeitige Handelsrunde beschlossen werden. Offiziell als „Doha Entwicklungsagenda“ („Doha Development Agenda“) benannt, war ihr Ende ursprünglich für den 31. Dezember 2004 vorgesehen, ist nun aber auf Ende 2006 verschoben.

Die „Doha Entwicklungsagenda“ soll die Regelungen zur Landwirtschaft und in den Bereichen Dienstleistungen, Rechte des geistigen Eigentums und Streitschlichtung erweitern. Neu aufgenommene Verhandlungspunkte sind die Verbesserung des Marktzuganges für Industriegüter, darunter Produkte der Forstwirtschaft und Fischerei, sowie das Thema „Handel und Umwelt“. In dieser Runde sollen ferner die WTO-Regeln (unter anderem zu Subventionen) überprüft und bestehende Abkommen für die Entwicklungsländer so umgesetzt werden, dass diese nicht weiter benachteiligt werden. Diese fordern eine Unterstützung zur Umsetzung einiger Abkommen, längere Umsetzungsfristen und die Änderung einzelner Bestimmungen. An der weiteren Liberalisierung der Dienstleistungs-, Industriegüter- und Agrarmärkte der anderen WTO-Mitglieder haben jedoch vor allem die Industrieländer ein gro-

ßes Interesse. Sie strafen damit die Bezeichnung „Entwicklungsagenda“ Lüge. Nur mit der Beschönigung, diese Handelsrunde solle vor allem den Interessen der Entwicklungsländer dienen, kam die Runde überhaupt zustande.

Sicherer Verlust für die Umwelt

Unter den in Doha gefassten Beschlüssen zu „Handel und Umwelt“ fällt ein wichtiger, vor allem von Umweltgruppen eingeforderter Punkt auf: Die WTO will das Verhältnis zwischen handelsrelevanten Umweltabkommen und WTO-Regeln klären. Für die in Frage kommenden Fälle gelten jedoch rigide Vorgaben: Beide WTO-Mitglieder müssen das entsprechende internationale Umweltabkommen unterzeichnet haben. Fälle, in denen sich ein WTO-Mitglied auf ein Umweltabkommen beruft, welches das andere Mitglied nicht unterschrieben hat, werden damit nicht geklärt. Diese Lücke haben insbesondere die USA geschaffen, die einige neuere Umweltabkommen nicht ratifiziert haben und ihnen deshalb nicht unterliegen. Eine weitere Vorgabe ist ein unveränderbares Handelsrecht, d.h. bestehende WTO-Regeln werden nicht angetastet. Damit ist eine Veränderung zugunsten der Umweltabkommen von vornherein ausgeschlossen. Jedes Ergebnis ist also schlechter als der Status quo, bei dem nichts formuliert ist. Der bisherige Verhandlungsverlauf gibt dieser skeptischen Einschätzung Recht. Bisher wird um Definitionen gestritten, ohne tatsächlich einen Verhandlungsfortschritt zu erzielen.

Umweltgüter und -dienstleistungen

Unter „Handel und Umwelt“ wird auch ein verbesserter Marktzugang für Umweltgüter und -dienstleistungen verhandelt. Bisher haben die WTO-Mitglieder noch nicht klären können, was sie eigentlich unter Umweltgütern verstehen: Aktivkohle zur Wasserreinigung, Doppelhüllentanker, Recyclingpapier, Elektronikschrott oder gar ganze Wälder – all dies könnten Umweltgüter sein. Auch bei diesen Verhandlungen stehen Exportinteressen der EU, die ihren Umwelttechnologien weltweit die Märkte öffnen will, im Vordergrund.



Konfliktpunkt: Neue Themen

Ein Streitpunkt, der die Runde von Anfang an geprägt hat, ist im Sommer 2004 geklärt worden: nämlich, ob die so genannten neuen Themen Investitionen, Wettbewerbsregeln, Transparenz im öffentlichen Beschaffungswesen und technische Handelserleichterungen in die Runde aufgenommen werden sollen. Seit Beginn der WTO fordern die Industrieländer gegen den Widerstand vieler Entwicklungsländer multilaterale Regelungen für diese neuen Themen. Weder in Seattle, Doha oder Cancún konnten die Industrieländer diese Forderungen durchsetzen. Das Scheitern der Cancún-Ministerkonferenz ist im Wesentlichen auf den Konflikt um die

neuen Themen zurückzuführen. Schließlich einigen sich die WTO-Mitglieder im Juli 2004 im Rahmen einer Sitzung des Allgemeinen Rates, drei der vier Themen für die laufende Handelsrunde fallen zu lassen und lediglich den Punkt „Handelserleichterungen“ (vor allem Bürokratieabbau in den Zollverfahren) in die Doha-Runde aufzunehmen.

Wälder (hier beispielsweise in Brasilien für Soja-Anbau) fallen den Verhandlungen der laufenden Handelsrunde zum Opfer.

In Doha beschlossene Themen für die laufende Handelsrunde:

- **Implementierung bestehender Abkommen für die Entwicklungsländer**
- **Reform des Landwirtschaftsabkommens**
- **Erweiterung des Dienstleistungsabkommens**
- **Verbesserung des Marktzugangs für nicht-agrarische Produkte**
- **Ausweitung und Überprüfung des TRIPS-Abkommens** (Ausweitung der geographischen Herkunftsbezeichnungen, Berücksichtigung des Verhältnisses zwischen TRIPS und CBD)
- **Erneuerung der WTO-Regeln** (Ausgleichsmaßnahmen wie Anti-Dumping- Maßnahmen, Fischereisubventionen, regionale Freihandelsabkommen)
- **Reform des Streitschlichtungsvereinbarung***
- **Klärung des Verhältnisses zwischen Handel und Umwelt**
- **Handelserleichterungen** (im Juli 2004 in die Handelsrunde aufgenommen)

* Dieser Punkt ist kein Bestandteil der Gesamtverpflichtung.

Marktzugang für nicht-agrarische Güter

Bisher werden von der WTO vornehmlich Agrargüter und Dienstleistungen liberalisiert. Im Rahmen der Doha-Runde sollen jedoch unter dem Kürzel NAMA weitere Wirtschaftssektoren hinzukommen: NAMA steht dabei für Marktzugang nicht-agrarischer Güter (non-agricultural market access). Bei den NAMA-Verhandlungen geht es also um verbesserte Marktzugangschancen für Industriegüter, wozu bei der WTO auch Wald- und Fischwirtschaft gehören.



Um den Marktzugang zu verbessern, kennt die WTO zwei Wege: zum einen den Abbau von Zöllen bis hin zu Null-Zöllen, zweitens den Abbau sonstiger Maßnahmen, die den Handel beeinträchtigen können (so genannter nicht-tarifärer Handelshemmnisse). Zu nicht-tarifären Maßnahmen zählen u.a. Einfuhrverbote, Subventionen oder die Kennzeichnung von Produkten.

Soziale Folgen

Nichtregierungsorganisationen (NGOs) lehnen die derzeitigen NAMA-Verhandlungen vehement ab. Sie befürchten, dass ein NAMA-Abkommen Armut und Unterbeschäftigung in den Entwicklungsländern erhöhen und dort den Aufbau nationaler Wirtschaftszweige zurückwerfen würde. Diese Verhandlungen erfüllen allein den Wunsch der Industrie nach Öffnung weiterer Märkte. NGOs fordern deswegen den sofortigen Stopp der Verhandlungen und eine unabhängig durchgeführte Folgenabschätzung für eine weitere Liberalisierung der Märkte für Industriegüter.

Auch einige Entwicklungsländer haben ihren Widerstand gegen die NAMA-Verhandlungen zum Ausdruck gebracht. Ihre Befürchtungen: Die NAMA-Verhandlungen werden die Ent-Industrialisierung und Arbeitslosigkeit ihrer Länder vorantreiben, Einnahmeverluste durch Zollabbau die herrschende Armut verschärfen. Zölle stellen einen we-

sentlichen Beitrag zum Staatshaushalt vieler Entwicklungsländer dar. Diese fordern, was die heute mächtigen Handelsnationen vor Jahrzehnten mit aller Selbstverständlichkeit betrieben haben: den Schutz ihrer Industrie durch Einfuhrzölle und andere Maßnahmen.

Umweltauswirkungen

Die Logik hinter den NAMA-Verhandlungen: Ein verbesserter Marktzugang für nicht-agrarische Güter soll diese billiger machen und dadurch ihre Nachfrage erhöhen. Erhöhte Nachfrage fördert langfristig die Produktion. Sofern diese, wie häufig der Fall, nicht nachhaltig betrieben wird, führt dies zu verstärkter Umweltzerstörung. Da nach der WTO-Güterklassifizierung auch Produkte aus Wald und Meer zu den Industriegütern zählen, befürchtet Greenpeace, dass die NAMA-Verhandlungen zusammen mit anderen Ergebnissen der Doha-Runde die Zerstörung der Wälder und Plünderung der Meere vorantreiben werden.

Welthandel contra Urwaldschutz

Bereits die gegenwärtigen WTO-Regeln unterlaufen alle Anstrengungen, Wälder zu schützen und nachhaltig zu nutzen. Umweltabkommen können durch das Streitschlichtungsverfahren der WTO zugunsten von Handelsmaßnahmen aufgehoben werden. Vorsorgemaßnahmen können als nicht zulässige Handelshemmnisse interpretiert und geahndet werden. Länder beispielsweise, die die Ausfuhr von Raubbauholz verbieten wollen, können daran gehindert werden. Ferner kann mit dem WTO-Strafgericht gedroht werden, wenn über den Handel Anreize zum Aufbau einer nachhaltigen Forstwirtschaft geschaffen werden sollen, etwa durch Kennzeichnung von Produkten mit dem Siegel des Forest Stewardship Council (FSC). Dieser so genannte Chill-Effekt sorgt dafür, dass Maßnahmen gegen den Handel mit illegal geschlagenem Holz ausbleiben.

Da der Welthandel massive Auswirkungen auf den Umgang mit Wäldern hat, müssen die forstwirtschaftliche Produktion wie der Handel mit Waldprodukten nachhaltig sein. Entsprechende Lösungen sind zwingend erforderlich, wenn nicht die letzten verbleiben-

den Urwälder der Welt dem freien Handel geopfert werden sollen.

Sollten im Rahmen der NAMA-Verhandlungen Zölle für forstwirtschaftliche Produkte reduziert und die so genannten nicht-tarifären Handelshemmnisse abgeschafft werden, würde damit weiterer Abholzung der Wälder Vorschub geleistet.

Welthandel contra Meeresschutz

Bereits heute sind unsere Meere weitgehend leer gefischt. Es fehlen Schutzgebiete, die eine Erholung der Fischbestände ermöglichen. Somit steht zu befürchten, dass sich durch den Wegfall von Zöllen und vor allem durch die Beseitigung der nicht-tarifären Handelshemmnisse die Situation noch weiter verschlechtern würde. Es gilt dieselbe Logik wie bei forstwirtschaftlichen Pro-

dukten: Zollabbau führt zu billigeren Produkten, was die Nachfrage nach diesen erhöht. Solange diese nicht aus nachhaltiger Fischerei befriedigt werden kann, werden die Fischbestände weiter dezimiert werden.

Fortschreitender Zollabbau wird den Holzeinschlag erhöhen und damit den Raubbau an den Wäldern forcieren.



Einfluss der Konzerne

Transnationale Konzerne haben vielfältige Möglichkeiten, auf die Handelspolitik der WTO, der eigenen oder fremder Regierungen Druck auszuüben. In ihrer Lobby-Arbeit agieren sie durch hervorragende Kontakte sehr effektiv.

Ein Beispiel aus der Pharma-Industrie: Bei der WTO gibt es eine Regelung, in Notfällen den Patentschutz auf dringend benötigte Arzneimittel zur Behandlung beispielsweise von HIV/Aids, Malaria, Tuberkulose oder anderen in Entwicklungsländern häufig vorkommenden Krankheiten aufzuheben. Diese so genannten Zwangslizenzen verbilligen lebenswichtige Arzneimittel und ermöglichen dadurch, dass viele Menschen überhaupt behandelt werden können. Gleichzeitig verhindert ein aufwändiges System, dass mit diesen patentbefreiten Medikamenten im grenzüberschreitenden Handel Missbrauch betrieben werden kann. Trotzdem stört forschende Arzneimittelhersteller beispielsweise in Deutschland diese Regelung, da ihnen damit Gewinne entgehen. Manche Hersteller überhöhten bisher die Gefahr des Missbrauchs und konnten das Justizministerium dazu bewegen, dass Deutschland in der EU Lösungen zur einfa-

Die WTO hat die Wahl: kostengünstige Behandlung von HIV-Kranken oder Schutz von Patentinteressen der Pharma Konzerne. Cynthia Leshomo, Gewinnerin des „Miss HIV Stigma Free Botswana“-Wettbewerbs, besucht eine Leidensgenossin.

cheren Beschaffung von billigen Medikamenten blockierte. Patentschutz und die daraus erzielten Gewinne sind einigen Arzneimittelherstellern wichtiger als Menschenleben, die mit erschwinglichen Arzneimitteln gerettet werden könnten.

Doch Konzerne nutzen nicht nur ihre Einflussmöglichkeiten, WTO-Regeln nach ihren Interessen gestalten zu lassen, sondern machen sich auch den Streitschlichtungsmechanismus der WTO zu Nutze. Sowohl die EU als auch die USA geben Konzernen das verbriefte Recht, dieses eigentlich nur Staaten zugängliche Streitschlichtungsverfahren für ihre Interessen einzusetzen. So macht die „EU-Verordnung über Handelshemmnisse“ Folgendes möglich: EU-Unternehmen können die EU-Kommission bei Handelshemmnissen – beispielsweise Einfuhrbeschränkungen von Drittstaaten – auffordern, ihre „rechtmäßigen Handelsinteressen“ zu schützen. So können sie die Kommission veranlassen, für sie unvorteilhafte Hemmnisse durch die WTO beseitigen zu lassen. Auch daran zeigt sich: Das WTO-System dient nicht allen, sondern hauptsächlich den Konzernen.

Deutlich wird der Industrieinfluss auch bei den von den USA angedrohten und durchgeführten Handelsstreitigkeiten: So ist es kein Zufall, dass zeitgleich zum Start des Gentechnik-Streitfalls der Außenhandelsrat der USA, eine Lobby-Institution der US-Wirtschaft, im Mai 2003 eine Studie über Handelsbarrieren der EU veröffentlicht. Neben der Gentechnik-Regelung der EU benennt die Studie weitere Umwelt- und Gesundheitsschutzmaßnahmen der EU, die der US-Industrie ein Dorn im Auge sind. Zu diesen potenziellen Streitfällen gehören u.a. die Chemikalienpolitik und die Erweiterung der Kosmetik-Richtlinie der EU.





1



2



3



4

Widerstand gegen die WTO

Greenpeace-Arbeit zu WTO/Globalisierung

1. Dezember 1990:
Aktion gegen den
WTO-Vorläufer GATT

2. November 2001,
Doha/Qatar:
Rainbow Warrior
vor Doha

3. Juni 2003, Berlin:
Beim Globalisierungs-
kongress McPlanet.com

4. Juli 2003, Genf:
Umwandlung der WTO
in die World Transgenic
Order

5. September 2003,
Veracruz: Aktion gegen
Gen-Maisimporte wäh-
rend der WTO-Konferenz
in Cancun

6. April 2005, Berlin:
Aktionswoche für
globale Gerechtigkeit

7. Juli 2005, Genf:
Aktion zum Gentechnik-
streitfall vor dem WTO-
Gebäude



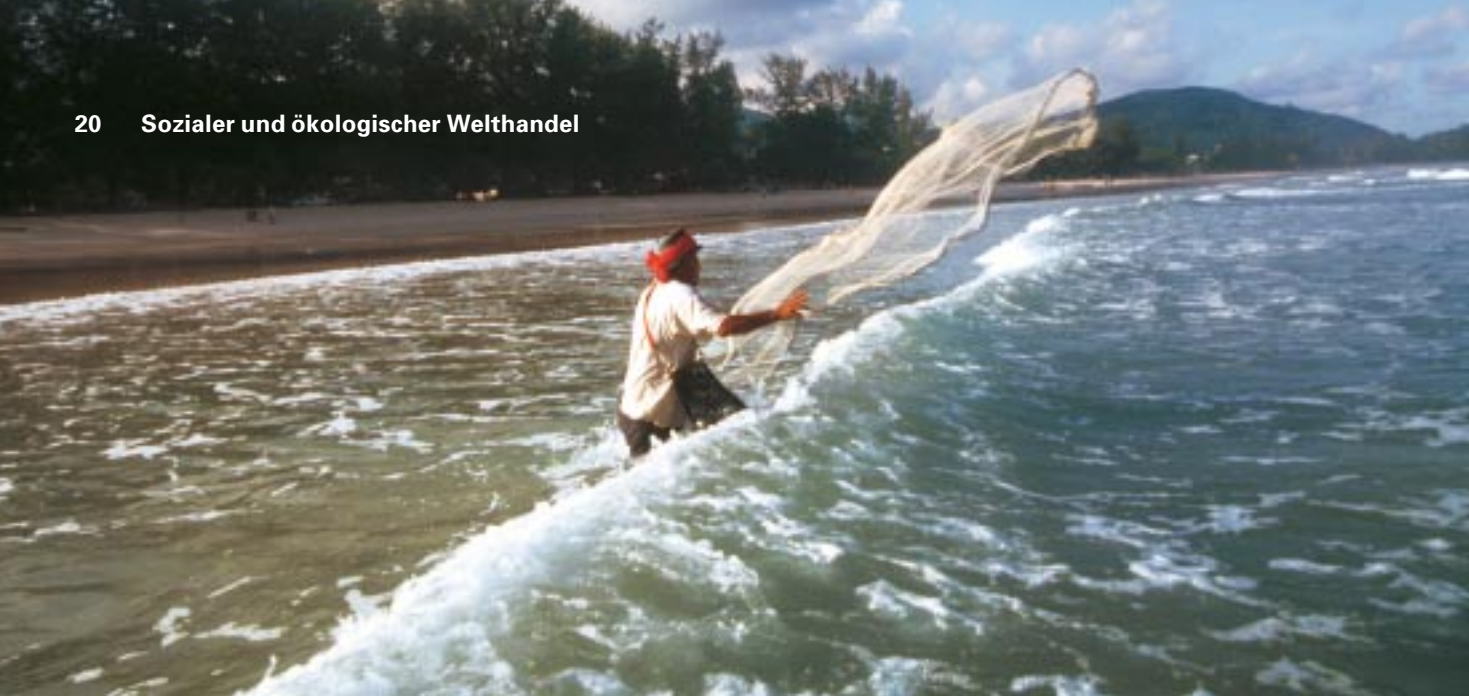
5



6



7



Traditionelle Küstenfischerei ist bedroht durch Bestrebungen der WTO, die Märkte für Waren der Fischerei zu öffnen.

Sozialer und ökologischer Welthandel

So wie die WTO derzeit arbeitet, dient sie ausschließlich der Stärkung des freien Handels. Dies führt zur Verschärfung der Umwelt- und sozialen Probleme. Versprechungen, dass mehr Handel zu größerem Wachstum und mehr Wohlstand für alle führe, haben sich öfters als falsch erwiesen. Greenpeace fordert eine soziale und ökologische Welthandelsordnung.

Zunächst ist wichtig: Die globalen Handelsregeln sollten unter dem Dach der Vereinten Nationen eingegliedert werden. Das wäre der erste Schritt, um eine gerechtere Lösung für Konflikte zwischen Umweltschutz, Menschenrechten, grundlegenden Arbeitsrechten und den Handelsregeln zu erreichen. Außerdem braucht das neue Handelssystem eine andere Ausrichtung. Nicht allein die wirtschaftlichen Interessen dürfen die Regeln bestimmen. Ein Handelsregime, das die Anforderungen einer nachhaltigen Entwicklung ernst nimmt, muss gleichermaßen die Förderung des Umweltschutzes, der sozialen Sicherheit und des Wohlergehens der Menschen zum Ziel haben.

Ein deutlicher erster Schritt in Richtung neue Welthandelsordnung sollte von den Industrienationen ausgehen. Diese müssen ihre Märkte für die Produkte der Entwicklungsländer öffnen, ihre Exportsubventionen einstellen und die Entwicklungsländer bei der Umstellung auf eine umweltgerechtere Produktionsweise finanziell und mit Wissenstransfer unterstützen. Verantwortung zeigen müssen die Industrieländer vor allem bei Gütern, die sie zu Hause verbieten und gleichzeitig in Entwicklungsländer exportieren. Erst wenn diese Bedingungen erfüllt sind, kön-

nen Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung Ziele werden, die alle Länder anstreben.

Deshalb muss eine neue soziale und ökologische Welthandelsordnung nach folgenden Kriterien aufgestellt werden:

1. Die Handelsregeln müssen sich dem Prinzip der **Nachhaltigkeit** unterordnen.
2. Sie müssen zu **Frieden und Armutsbekämpfung** führen.
3. Sie müssen **multilateral** gestaltet, in das System der Vereinten Nationen (UN) eingebettet und **durch die UN kontrolliert** werden.
4. Sie müssen **demokratisch, kooperativ und gerecht** sein.
5. Sie müssen auf **gleichberechtigten Verhandlungen** zwischen allen Handelspartnern basieren, bei denen kein Druck auf schwächere Handelspartner ausgeübt wird.
6. Eine soziale und ökologische Welthandelsordnung würde Handelskonflikte weitgehend vermeiden und im Falle entstehender Konflikte zu einer gerechten Streitschlichtung führen: **transparent** und im System der Vereinten Nationen eingebettet. Im Streitfall müssen **Umwelt, Menschenrechte und Kernarbeitsnormen** respektiert und dürfen nicht ökonomischen Erwägungen untergeordnet werden.
7. Sie muss die **wirtschaftliche, soziale, biologische und kulturelle Vielfalt** einzelner Handelsnationen, die Bedürfnisse und Möglichkeiten der Entwicklungsländer sowie armer und schwacher Teile der Gesellschaft berücksichtigen und Maßnahmen zu deren Schutz erlauben.
8. Sie muss Umweltschutzmaßnahmen unterstützen und auch **langfristig eine lebenswerte Umwelt** erhalten. Im Besonderen muss das neue Handelssystem sicherstellen, dass umweltfreundliche Produktions- und Konsummuster gefördert, Kernprinzipien des Umweltschutzes eingehalten sowie die Ziele und die Umsetzung von multilateralen Umweltschutzabkommen gefördert werden.

Ökologische Unkrautbekämpfung: Eine faire Welthandelsordnung muss die wirtschaftliche, soziale, biologische und kulturelle Vielfalt der Länder berücksichtigen.



Was kann ich tun?

Welthandelsregeln bestimmen, welches Warenangebot bei uns verfügbar ist. Sie können ermöglichen, dass ungesunde Nahrungsmittel und nicht nachhaltige Produkte ins Land kommen. Allerdings können Sie als bewusste Konsumentin, als bewusster Konsument die Nachfrage mit beeinflussen.

Nutzen Sie Ihre Macht als Verbraucherin, als Verbraucher:

Fragen Sie nach, woher die Waren stammen, unter welchen Arbeitsbedingungen sie entstanden sind, welche Auswirkungen sie auf die Umwelt haben.

Verdeutlichen Sie Ihren Händlern, dass Sie Produkte aus einer nachhaltigen, sozial- wie umweltgerechten Produktion den Vorzug geben.

Bevorzugen Sie Produkte aus biologischem Anbau und fairem Handel.

Biologische Landwirtschaft und fairer Handel bieten Alternativen zum Freihandelsprinzip der WTO.

Auch als Staatsbürgerin und Staatsbürger haben Sie Einflussmöglichkeiten:

Verdeutlichen Sie Firmen, dass Sie generell Waren den Vorzug geben, die nachhaltig hergestellt sind.

Teilen Sie der Bundesregierung, dem Wirtschaftsministerium, dem Bundestag und Ihrem Abgeordneten mit, dass die Regeln des Welthandels grundlegend verändert werden müssen. Zukünftig sollten die Interessen der Entwicklungsländer, globale Gerechtigkeit, Menschenrechte, grundlegende Arbeitsrechte und der Umweltschutz im Handel nicht den rein ökonomischen Interessen unterworfen werden. Sie können auf Veranstaltungen, durch Anrufe, Briefe und E-Mails Forderungen nach einer grundlegenden Veränderung des Welthandelssystems Ausdruck verleihen.

Unterstützen Sie die Aktionen von Nichtregierungsorganisationen, die sich für gerechten Welthandel einsetzen.



Tipps zum Weiterlesen

Literatur

Attac (Hrsg.)

**Die geheimen Spielregeln
des Welthandels**

WTO - GATS - TRIPS - MAI

Wien: Promedia 2004*

Evangelischer Entwicklungsdienst/
Forum Umwelt und Entwicklung/
Greenpeace/WEED

Das NAMA-Drama

**Wie die WTO-Verhandlungen
über Industriegüter Umwelt
und Entwicklung bedrohen**

Bonn: Forum Umwelt
und Entwicklung 2005**

Evangelischer Entwicklungsdienst/
Forum Umwelt und
Entwicklung

**In Cancún gestrandet? Welthandels-
politik im Nord-Süd-Konflikt**

Bonn: EED & Forum Umwelt
und Entwicklung 2005**

Evangelischer Entwicklungsdienst/
Forum Umwelt und
Entwicklung/Greenpeace

Schieflage mit System:

**Das Streitschlichtungsverfahren
der Welthandelsorganisation (WTO)**

Bonn: Forum Umwelt und
Entwicklung 2005**

Jawara, J. & A. Kwa

**Behind the scenes at the WTO:
the real world of international trade
negotiations – the lessons of Cancún**
London, New York: Zed Books 2004*

Wallach, L. & P. Woodall:

Whose Trade Organization?

A comprehensive Guide to the WTO

New York, London:

The New Press 2004*

WTO – Welthandelsorganisation

München:

Deutscher Taschenbuch Verlag 2005*

Enthält die Texte der WTO-Abkommen

Links

**Deutschsprachige Websites zum
Thema Welthandel (Auswahl)**

Greenpeace

www.greenpeace.de/wto

www.greenpeace.at

www.greenpeace.ch

Attac

www.attac.de/wto

www.attac.at/wto

www.schweiz.attac.org

**Evangelischer Entwicklungsdienst
(EED)**

www.eed.de

Fairer Agrarhandel

www.fairer-agrarhandel.de

Forum Umwelt und Entwicklung

www.forumue.de

Germanwatch

www.germanwatch.org

Gerechtigkeit Jetzt! –

Die Welthandelskampagne

www.gerechtigkeit-jetzt.de

Heinrich-Böll-Stiftung

www.hongkong2005.org

**Weltwirtschaft, Ökologie und
Entwicklung / World Economy,
Ecology & Development (WEED)**

www.weed-online.org

Wikipedia. Die freie Enzyklopädie

<http://de.wikipedia.org/wiki/WTO>

Offizielle Stellen

**Bundesministerium für Wirtschaft
und Arbeit**

www.bmwa.bund.de

(siehe unter Politikfelder,
dort unter Außenwirtschaft)

Bundestag

www.bundestag.de

**EU-Kommission Generaldirektion
Handel**

europa.eu.int/comm/trade

US-Handelsbeauftragter (USTR)

www.ustr.gov

Welthandelsorganisation (WTO)

www.wto.org

* über den Buchhandel, die englischen Titel können
leicht über das Internet bestellt werden.

** siehe Links



Greenpeace fordert:

Die Regeln des Welthandels müssen grundlegend umgestaltet werden:

Das Welthandelssystem muss auf demokratischen Entscheidungsstrukturen basieren und transparent sein.

Es muss die Armut beseitigen, den Umweltschutz fördern und langfristig eine gesunde Umwelt ermöglichen.

Das Welthandelssystem muss umweltfreundliche und nachhaltige Produktionsweisen und Konsummuster unterstützen.

Es muss Kernprinzipien des Umweltschutzes wie das Vorsorgeprinzip in seine Regeln aufnehmen und Ziele wie die Umsetzung von multilateralen Umweltabkommen unterstützen.

Mit Blick auf die WTO-Ministerkonferenz in Hongkong:

Die Verhandlungen zum verbesserten Marktzugang für nicht-agrarische Produkte (NAMAs) müssen gestoppt werden. Pläne für die Liberalisierung ökologisch sensibler Sektoren wie Wald- und Meeresprodukte müssen aufgegeben werden.

Die Exportsubventionen der Industrienationen für landwirtschaftliche Produkte müssen sofort eingestellt werden.

Das Verhältnis zwischen Handelsabkommen und Umweltregeln muss außerhalb der WTO geklärt werden. Umweltregeln müssen Vorrang vor Handelsregeln erhalten.

Die Liberalisierungsverhandlungen im Dienstleistungsbereich müssen gestoppt werden. Eine vollständige und unabhängige Abschätzung der Auswirkungen der Liberalisierungsmaßnahmen für Dienstleistungen muss durchgeführt werden.

Greenpeace Österreich / Zentral- & Osteuropa, Siebenbrunnengasse 44, A-1050 Wien;
E-Mail: office@greenpeace.at

Greenpeace Schweiz, Heinrichstraße 147, CH-8005 Zürich;
E-Mail: gp@greenpeace.ch

Greenpeace Luxemburg, 34 Avenue de la Gare, L-4130 Esch/Alzette;
E-Mail: greenpeace@pt.lu

Greenpeace e.V., 22745 Hamburg Tel. 040/3 06 18-0; Fax 040/3 06 18-100
E-Mail: mail@greenpeace.de, Politische Vertretung Berlin, Marienstr. 19-20, 10117 Berlin
Tel. 030/30 88 99-0, Fax 030/30 88 99-30 Internet: www.greenpeace.de